

Landkreis Vorpommern-Rügen

Der Kreistagspräsident



Niederschrift über die 6. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen am 21. Juli 2025

Sitzungsraum: Kulturhaus "Treffpunkt Europas", Heinrich-Heine-Straße 1a
in 18507 Grimmen

Sitzungsdauer: 17:00 - 20:30 Uhr

Anwesenheit:

Kreistagsmitglied

Herr Dr. Ing. Alexander Badrow
Frau Ute Bartel
Herr Maik Bowitz
Herr Ernst Branse
Herr Ulf Braum
Frau Wenke Brüdgam
Herr Jörg Burwitz
Herr Carlos Dias Rodrigues
Herr Mirk Ewert
Herr Frank Fanter
Herr Jörg Fiedler
Herr Harry Glawe
Frau Sandra Graf
Herr Christian Griwahn
Herr Torsten Grundke
Herr Holger Gutzmann
Herr Thomas Haack
Herr Aurel Hagen
Frau Nicole Halle
Frau Petra Harder
Herr Benjamin Heinke
Herr Marco Jahns
Frau Dr. Carmen Kannengießer
Herr Michael Kasch
Frau Kerstin Kassner
Herr Detlef Kegel
Frau Anett Kindler
Herr Siegfried Klein
Herr Holger Kliewe
Herr Sebastian Koesling
Herr Andreas Kuhn
Frau Josefine Anika Kumpers
Herr Hendrik Lastovka
Herr Armin Latendorf

Herr Tino Leipold
Herr Mathias Löttge
Herr Marvin Müller
Herr Thomas Naulin
Herr Dirk Niehaus
Herr Thomas Pauketat
Herr Michael Philippen
Herr Thoralf Pieper
Frau Julia Präkel
Frau Maria Quintana Schmidt
Herr Jens Radtke
Herr Gerd Scharmberg
Frau Dr. Doris Schmutzer
Herr Karsten Schneider
Herr Dario Seifert
Herr Tommy Thormann
Frau Heike Völschow
Frau Simone Wagner
Herr Andi Wallis
Herr Danilo Wessel
Frau Susann Wippermann
Frau Birgit Wismer
Herr Dr. Ronald Zabel
Frau Andrea Zachow
Herr Kevin Zenker
Frau Anita Zimmermann
Herr Christian Zorn

Von der Verwaltung

Herr Dr. Stefan Kerth
Frau Kathrin Meyer
Frau Ricarda Rumpel
Frau Dörte Heinrich
Herr Bastian Köhler
Frau Anja Pfefferkorn
Frau Manuela Redlich
Frau Silvana Knoll

Landrat

1. Stell. d. Landrates, Beigeordnete
2. Stell. d. Landrates, Beigeordnete
Beigeordnete
FGL 01.20
SB Kreistagsangelegenheiten
SB Kreistagsangelegenheiten
SB Verwaltung/Sitzungsdienst

Es fehlen:

Kreistagsmitglied

Herr Christian Ehlers
Herr Martin Graupner
Frau Beatrix Hegenkötter
Herr Thomas Huth
Herr Frank Ilchmann
Herr Heiko Miraß
Herr Jarod Schilke
Herr Maximilian Schwarz

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Einwohnerfragestunde
3. Bestätigung der Tagesordnung
4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 19. Mai 2025
5. Information des Kreistagspräsidenten
6. Bericht des Landrates
7. Anfragen der Kreistagsmitglieder
8. Verschiebung der Wahl des/der 4. Beigeordneten BV/4/0123
9. Ernennung des stellvertretenden Kreiswehrführers des Landkreises Vorpommern-Rügen BV/4/0105
10. Abberufung und Bestellung der stellvertretenden Betriebsleitung des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Vorpommern-Rügen BV/4/0117
11. Feststellung des Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) BV/4/0110
12. Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) für das Haushaltsjahr 2022 BV/4/0111
13. Feststellung des Jahresabschluss 2023 des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) BV/4/0112
14. Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) für das Haushaltsjahr 2023 BV/4/0113

- | | | |
|-----------------------------------|---|-----------|
| 15. | Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre gemäß § 51 Abs. 4 KV M-V | BV/4/0121 |
| | Antrag der Kreistagsfraktion CDU+: „Beauftragung des Landrates zur | A/4/0075 |
| 15.1. | Erarbeitung konkreter Einsparvorschläge und Aufnahme von Verhandlungen mit dem Innenministerium" | |
| 16. | Antrag der Kreistagsfraktion BfS/FDP/VR+: "Differenzierte Analyse der Ausgaben im Jugend- und Sozialbereich" | A/4/0067 |
| 17. | Antrag der Kreistagsfraktionen BfS/FDP/VR+, CDU+: "Prüfung der internen Verwaltungsstrukturen" | A/4/0069 |
| 18. | Antrag der Kreistagsfraktionen BfS/FDP/VR+, CDU+: "Finanzielle Entlastung des Landkreises - Verantwortung von Bund und Land einfordern" | A/4/0068 |
| 19. | Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, Fraktion BfS/FDP/VR+: "Prüf-
auftrag zur Rückführung der Aufgaben des kommunalen Jobcenters
an die Bundesagentur für Arbeit (Beendigung des Status als Options-
kommune)" | A/4/0074 |
| | Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag der | A/4/0078 |
| 19.1. | Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+: "Prüf-
auftrag zur Rückführung der Aufgaben des kommunalen Jobcenters an die Bundesagen-
tur für Arbeit (Beendigung des Status als Optionskommune)" | |
| 20. | Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, B`90/DieGrünen + Die
PARTEI: "Einführung eines Wahlpflichtfaches -Feuerwehr-" | A/4/0070 |
| | Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag der | A/4/0080 |
| 20.1. | Kreistagsfraktionen DIE LINKE, B90/DieGrünen + Die PARTEI: "Einfüh-
rung eines Wahlpflichtfaches -Feuerwehr-" | |
| 21. | Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, B`90/DieGrünen + Die
PARTEI: "Prüfung des Straßennetzes auf Gefahrenstellen für Radfah-
rer/innen" | A/4/0071 |
| 22. | Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, SPD: "Aufstellen von Was-
serspendern in den Schulen in Trägerschaft des Landkreises Vor-
pommern-Rügen" | A/4/0072 |
| | Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU+ zum Antrag der Kreis-
tagsfraktionen DIE LINKE, SPD: "Aufstellen von Wasserspendern in
den Schulen in Trägerschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen" | A/4/0079 |
| 22.1. | | |
| 23. | Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+: "Ablehnung des
aktuellen Entwurfs des Tourismusgesetzes" | A/4/0073 |
| 24. | Antrag der Kreistagsfraktionen B`90/DieGrünen + Die PARTEI, SPD,
DIE LINKE: " Einführung einer digitalen Zeitanzeige zur transparenten
Darstellung der Redezeiten im Kreistag" | A/4/0076 |
| 25. | Antrag der Kreistagsfraktion B`90/DieGrünen + Die PARTEI: "Bevöl-
kerung schützen - Bedarf an Hitzeschutzräumen ermitteln" | A/4/0077 |
| 26. | Mitteilungen | |
| - Nichtöffentlicher Teil - | | |
| 27. | Errichtung und Sicherung schutzwürdiger Teile von Natur und Land-
schaft mit gesamtstaatlich repräsentativer Bedeutung - "Nordvor- | BV/4/0116 |

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Kreistagspräsident Kuhn eröffnet die 6. Sitzung des Kreistages Vorpommern-Rügen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß zur Sitzung geladen wurde und der Kreistag Vorpommern-Rügen mit 57 von 69 anwesenden Kreistagsmitgliedern beschlussfähig ist.

2. Einwohnerfragestunde

Herr Kreistagspräsident Kuhn weist daraufhin, dass von den öffentlichen Sitzungen des Kreistages Film- und Tonaufnahmen angefertigt werden, die live ins Internet eingestellt werden. Daher bittet er an der Fragestunde für Einwohner/innen teilnehmende Personen und sonstige Dritte, die weder in Ausübung eines Mandates als Mitglied des Kreistags im Rahmen eines Dienstverhältnisses zum Landkreis an der Sitzung teilnehmen, eine schriftliche Einwilligung zur Übertragung oder Aufzeichnung des Redebeitrages beim Kreistagsbüro abzugeben. Liegt keine Einwilligung vor, wird die Übertragung unterbrochen.

Herr Harenberg, Einwohner aus Ahrenshoop, nimmt Bezug auf seinen Redebeitrag aus der Kreistagssitzung vom 19. Mai 2025. Der Landrat habe seine Antwort dazu verschoben, bis das Ergebnis vom Innenministerium M-V vorliege. Er fragt, ab wann der Landrat Kenntnis über das Ergebnis des Innenministeriums zum Verkehrswertgutachten zum Erwerb des Grundstückes im Kirchnersgang 1 in Ahrenshoop erlangt habe.

Herr Landrat Dr. Kerth antwortet, dass ihm die Auskunft gern schriftlich erteilt werde.

Herr Liebig, Einwohner aus Stoltenhagen, führt aus, dass der Bund dem Land Mecklenburg-Vorpommern insgesamt 1,92 Milliarden EUR aus dem Sondervermögen zur Verfügung stelle. Davon seien 520 Millionen EUR für die Infrastruktur vorgesehen.

Herr Liebig fragt, ob es Informationen darüber gebe, wie viel der Landkreis Vorpommern-Rügen davon bekomme und wofür diese Mittel eingeplant seien bzw. eingesetzt werden.

Des Weiteren erkundigt sich **Herr Liebig**, ob es bei den 60 % bleibe, die die Gemeinden von den geplanten 100 Milliarden EUR Investitionsmitteln erhalten sollen.

Herr Landrat Dr. Kerth führt aus, dass der Landkreistag und der Städte- und Gemeindetag zusammen mit dem Bundesland Mecklenburg-Vorpommern zu diesen Themen im Gespräch seien. Eine finale Entscheidung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, dass 60 % der Mittel in die Kommunen gegeben werden sollen, befürworte er sehr, sei aber noch nicht gefallen.

Herr Landrat Dr. Kerth führt weiter aus, dass man zur Verteilung der Mittel (zu bestimmten Themenbereichen, zu bestimmten Investitionsbedarfen oder auch in bestimmte Regionen) am Anfang der Diskussion stehe. Er betont, dass sich auch innerhalb der „kommunalen Familie“, sprich mit dem Städte- und Gemeindetag, abge-

stimmt werde, um das bestmögliche Ergebnis für die Bürgerinnen und Bürger zu erreichen. Bis ein allgemein akzeptiertes Regelwerk gefunden werde, werde es noch ein paar Wochen oder Monate in Anspruch nehmen.

Herr Lemke, Einwohner aus Grimmen, fragt vor dem Hintergrund der schlechten Haushaltslage, ob man es richtig finde, wie die Regierung bzw. die auf Bundesebene regierenden Parteien mit dem Geld des Landkreises (Steuergelder) umgehen, welches im Landkreis Vorpommern-Rügen dringend benötigt werde. Dabei spricht er vor allem die Rüstungsindustrie (nicht die Verteidigung) an, bei der ein weiteres Paket in Höhe von 5 Milliarden EUR geplant sei.

Herr Landrat Dr. Kerth findet es nicht in Ordnung.

Weitere Einwohneranfragen werden nicht gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Kreistagspräsident Kuhn informiert über folgende Änderung der Tagesordnung:

- Die Kreistagsfraktion CDU+ habe den Änderungsantrag gestellt den TOP 18 und den TOP 15 miteinander zu verbinden

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU+, den TOP 18 mit dem TOP 15 zu verbinden.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt mehrheitlich zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die geänderte Tagesordnung.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt der geänderten Tagesordnung mehrheitlich zu.

4. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 19. Mai 2025

Fragen, Anmerkungen oder Ergänzungswünsche zur Niederschrift über die 5. Sitzung des Kreistag Vorpommern-Rügen vom 19. Mai 2025 werden nicht vorgetragen.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen nimmt die Niederschrift vom 19. Mai 2025 zur Kenntnis.

5. Information des Kreistagspräsidenten

Herr Kreistagspräsident Kuhn informiert über Folgendes:

- die Fraktion AfD habe am 16. Juli 2025 Herrn Detlef Kegel zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt
- das Kreistagsbüro werde sich mit Beginn des neuen Gremienlauf ab September 2025 an die Fraktionen wenden, um Vorschläge für die Berufung der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für die Sozialgerichtsbarkeit in der

6. Bericht des Landrates

Herr Landrat Dr. Stefan Kerth informiert zunächst über den Zustand der Meiningenbrücke. Der Brückenzug falle auch weiterhin aus, jedoch bleibe der Autoverkehr weiterhin möglich. Man müsse sich keine Sorgen darüber machen, dass die Brücke für längere Zeit vollständig ausfällt.

Weiterhin informiert **Herr Landrat Dr. Stefan Kerth**, dass es aufgrund enorm vieler Anfragen kaum noch möglich sei, alle Anfragen der Fraktionen zu beantworten. Sofern der Landkreis nicht zuständig sei, werde keine Antwort erfolgen, so die Anweisung von **Herrn Landrat Dr. Kerth** an die Verwaltung. Es gebe nicht ausreichend Personal oder einen wissenschaftlichen Dienst wie bspw. im Landtag, welcher sich dieser Anfragen annehmen könne. **Herr Landrat Dr. Kerth** bittet daher um Verständnis.

Außerdem teilt **Herr Landrat Dr. Stefan Kerth** mit, dass sich der Wahlprüfungsausschuss um alle eingegangenen Widersprüche gegen die Kreistags- und Landratswahl befasse. Daher werde seine Ernennung zum Landrat für die kommende Wahlperiode erst im nächsten Kreistag stattfinden.

7. Anfragen der Kreistagsmitglieder

Herr Kegel merkt an, dass die Straßensanierungen zwischen Altenkirchen und Juliusruh nach Ostern 2026 unter Vollsperrung stattfinden solle. Er fragt Herrn Landrat Dr. Kerth, warum gerade dieser Zeitpunkt gewählt wurde und weshalb eine Vollsperrung notwendig sei, zumal es allgemein bekannt sei, dass die Urlaubssaison nach Ostern beginne. Weiterhin stellt **Herr Kegel** die Frage, ob man die Möglichkeit geprüft habe, die Sanierung im Schichtbetrieb durchzuführen.

Herr Landrat Dr. Kerth gibt zu bedenken, dass es sich bei der betroffenen Straße um eine Landesstraße handle, für die das Landesstraßenbauamt und nicht der Landkreis zuständig sei. Er habe keine Informationen über dieses Bauprojekt.

Herr Kegel fragt außerdem, wie der Landkreis die Verkehrssicherheit in Hinblick auf Lärmbelastung und Schadstoffausstoß im Zusammenhang mit der Sanierung der Glower Straße in Sagard beurteile.

Herr Landrat Dr. Kerth antwortet, dass er hierzu keine fachliche Einschätzung abgeben könne, da hierfür das Land zuständig sei. Dieses Thema interessiere ihn sehr, da jedoch die Zuständigkeit für dieses Vorhaben beim Landesstraßenbauamt liege, könne man nicht tätig werden.

Herr Naulin fragt Herrn Landrat Dr. Kerth, warum die Anfrage der Kreistagsfraktion AfD von Anfang Juni bzgl. des Grundstücksgutachtens in Ahrenshoop noch nicht beantwortet wurde.

Herr Landrat Dr. Kerth antwortet, dass ihm diese Anfrage zur Unterschrift vorliege.

Frau Dr. Kannengießer fragt, wie die derzeitige Situation des Atommülllagers in Lubmin sei und wie Bund und Land die Bevölkerung vor den Gefahren des Atommülllagers schützen wollen. Außerdem bittet **Frau Dr. Kannengießer** Herrn Landrat Dr.

Kerth Klarheit darüber zu schaffen, wann das Problem mit dem Öltanker „Eventin“ vor der Küste Rügens gelöst werde.

Herr Landrat Dr. Kerth betont, dass das Atommülllager in Lubmin nicht in seiner Zuständigkeit liege. In Bezug auf den Öltanker „Eventin“ habe er sich bereits mit dem Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt (WSA) in Verbindung gesetzt. Der Rohstoff, der sich auf der „Eventin“ befinde, würde bei Kontakt mit dem Wasser sofort erstarren und fest werden. Eine Kontamination der Küste sei daher ausgeschlossen. Auch habe die Eventin nicht den nötigen Tiefgang um eine Gefahr für die Küste von Rügen darzustellen. Die Eventin sei beschlagnahmt und somit unter deutscher Flagge. Da sie weder defekt sei noch eine Gefahr von ihr ausgehe, gebe es laut WSA keine Eingriffsmöglichkeiten. **Herr Landrat Dr. Kerth** weist nachdrücklich darauf hin, dass von der „Eventin“ keine Gefahr ausgehe.

Herr Zenker fragt, wie der Landkreis seine aktuelle Leistungsfähigkeit im Bereich Katastrophenschutz und Rettungsdienst im Kontext stetig steigender Touristenzahlen bewerte und welche Schlussfolgerungen und Handlungsbedarf sich insbesondere im Hinblick auf den Busunfall auf der A19 ergäben.

Herr Landrat Dr. Kerth weist darauf hin, dass es dem Landkreis unmöglich sei, bestimmte Lagen allein zu bewältigen. Die Rettungsketten des Landkreises entsprächen den deutschen Standards. Er sehe aktuell keine Notwendigkeit Veränderungen an den Rettungsketten vorzunehmen. Sofern sich Signale aus der Zusammenarbeit innerhalb des Landkreises mit dem Fachgebiet Katastrophen- und Brandschutz mit der Leitstelle und mit dem Kreisfeuerwehrverband ergeben sollten, werde man die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen und reagieren, so Herr Landrat Dr. Kerth.

Frau Kassner fragt, wer den Landkreis im Rahmen der Beratung zwischen den Ländern, Kreisen und kreisfreien Städten zur Verteilung der in Aussicht gestellten Infrastrukturmittel vertrat und welche Schwerpunkte seitens des Landkreises eingebracht wurden.

Herr Landrat Dr. Kerth antwortet, dass der Landkreistag alle Landkreise bei dieser Beratung vertreten habe. Man habe sich im Rahmen einer Vorstandssitzung des Landkreistages unter den Landkreisen auf die Schwerpunkte geeinigt. Er verweist hierzu auf die Pressemitteilung zu dieser Beratung. Die Schwerpunkte lägen insbesondere auf den Gebieten, die in der Vergangenheit vernachlässigt worden seien, wie Schulen und Infrastruktur.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bestätigt, dass Bildung und Investitionen im Vordergrund stünden.

Frau Wismer stellt eine Rückfrage zum Bericht des Landrates betreffend den Bußgeldkatalog für die Gemeinschaftsunterkünfte. Sie fragt, warum in nur 4 Fällen Bußgeldbescheide erlassen worden sind, wenn insgesamt 20 Ordnungswidrigkeiten vorlagen.

Frau Meyer beantwortet die Frage von Frau Wismer.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

8. Verschiebung der Wahl des/der 4. Beigeordneten

Vorlage: BV/4/0123

Herr Naulin sagt, dass die Kreistagsfraktion AfD diesen Antrag unterstützen werde, da es angesichts der fehlenden 60 Mio. EUR im Haushalt nicht möglich sei, diesen Posten zu finanzieren. Die Verwaltung sei auch in den vergangenen Jahren mit 3 Beigeordneten handlungsfähig gewesen. **Herr Naulin** bittet, die Hauptsatzung in der kommenden Kreistagssitzung mit dem Ziel zu ändern, die Stelle des 4. Beigeordneten zu streichen.

Herr Landrat Dr. Kerth merkt an, dass die Idee zur Schaffung eines 4. Beigeordneten keine Idee der Verwaltung gewesen sei.

Frau Kassner sagt, dass die Kreistagsfraktion DIE LINKE dem Antrag zustimmen werde und die Fraktion in der kommenden Sitzung eine entsprechende Satzungsänderung einbringen werde, sodass eine Wahl zu einem 4. Beigeordneten nicht mehr notwendig sei.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 89-06/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Die Wahl des 4. Beigeordneten wird aus wichtigem Grund gemäß § 117 Abs. 3 KV M-V verschoben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

9. Ernennung des stellvertretenden Kreiswehrführers des Landkreises Vorpommern-Rügen
Vorlage: BV/4/0105

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Herr Landrat Dr. Kerth überreicht **Herrn Sven Friedrich** die Ernennungsurkunde und ernennt ihn zum stellvertretenden Kreiswehrführers des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Beschluss: KT 90-06/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen ernennt den am 25. März 2025 gewählten stellvertretenden Vorsitzenden des Kreisfeuerwehrverbandes, Herrn Sven Friedrich, unter Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis zum stellvertretenden Kreiswehrführer des Landkreises Vorpommern-Rügen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

10. Abberufung und Bestellung der stellvertretenden Betriebsleitung des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Vorpommern-Rügen
Vorlage: BV/4/0117

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 91-06/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. Herr Alexander Voß wird mit sofortiger Wirkung als Stellvertreter des Betriebsleiters des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Vorpommern-Rügen abberufen.
2. Herr Peter Damaschke wird mit sofortiger Wirkung als Stellvertreter des Betriebsleiters des Eigenbetriebes Abfallwirtschaft Vorpommern-Rügen bestellt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

11. Feststellung des Jahresabschluss 2022 des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB)
Vorlage: BV/4/0110

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 92-06/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stellt den durch die Baker Tilly GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 11.504.620,82 Euro fest. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres in Höhe von 48.639,63 Euro ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

12. Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: BV/4/0111

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 93-06/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) für das Haushaltsjahr 2022

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

- 13. Feststellung des Jahresabschluss 2023 des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB)**
Vorlage: BV/4/0112
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 94-06/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:
Der Kreistag Vorpommern-Rügen stellt den durch die Baker Tilly GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften Jahresabschluss des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) zum 31. Dezember 2023 mit einer Bilanzsumme in Höhe von 18.098.644,41 Euro und einem Jahresüberschuss von 145.976,23 Euro fest. Der Jahresüberschuss des Geschäftsjahres ist auf neue Rechnung vorzutragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

- 14. Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) für das Haushaltsjahr 2023**
Vorlage: BV/4/0113
-

Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt die Entlastung der Betriebsleitung des Eigenbetriebes Infrastrukturverwaltungsbetrieb (ISVB) für das Haushaltsjahr 2023.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

- 15. Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre gemäß § 51 Abs. 4 KV M-V**
Vorlage: BV/4/0121
-

Herr Heinke zieht den Antrag der Kreistagsfraktion CDU+ zurück.

Herr Zorn sagt, dass der Grund für die Haushaltslage darin liege, dass sich der Landkreis Aufgaben auferlegen lasse, für die nicht ausreichend Mittel vom Land bzw. Bund bereitgestellt werden. Die vorgeschlagene Sperrverfügung sei notwendig, komme aber spät. **Herr Zorn** verkündet, dass die Kreistagsfraktion AfD dem Antrag zustimmen werde, da er eine Erhöhung der Kreisumlage und die pauschale Kürzung von freiwilligen Leistungen ausschließe. Der Landrat solle konkrete Sparvorschläge liefern und mit dem Innenministerium verhandeln.

Herr Scharmberg widerspricht Herrn Zorn. Der Kreistag selbst habe keine Schuld am Haushaltsdefizit. Die von Herrn Zorn angesprochenen Aufgaben seien dem Landkreis per Gesetz aufoktroiert. Man habe dem Haushalt nur zugestimmt, um die Möglichkeit zu schaffen mit dem Land diskutieren zu können.

Herr Landrat Dr. Kerth stellt klar, dass niemand mit dem Haushaltsplan zufrieden gewesen sei. Weder der Landkreis noch das Land Mecklenburg-Vorpommern seien für das Haushaltsdefizit verantwortlich. Man habe einen Haushalt beschließen müssen, da es keine Alternative sei, keinen Haushalt vorlegen zu können, so **Herr Landrat Dr. Kerth**. Da die Kreistagsfraktion CDU+ ihren Antrag zurückgezogen habe, sei man nun bei der eigentlichen Beschlussvorlage. Diese sieht vor das Haushaltsdefizit durch Mehreinnahmen bzw. Minderausgaben um 12 Mio. € zu verringern. Sollte diese Beschlussvorlage eine Mehrheit finden, wäre man somit nicht mehr in der vorläufigen Haushaltsführung. Somit sei es dann möglich weiterhin freiwillige Aufgaben zu finanzieren. **Herr Landrat Dr. Kerth** verweist auf die begleitenden Sitzungen des Kreis- und Finanzausschusses und stellt klar, dass es nicht darum gehe zu sparen, sondern Ausgaben zu verschieben. **Herr Landrat Dr. Kerth** erklärt, dass das Innenministerium die Auffassung vertrete, dass die Haushaltslage der Landkreise erheblich prekärer sei, als die der kreisangehörigen Gemeinden und Städte.

Herr Dr. Badrow sagt, dass man in den Jahren 2026 und 2027 den größten Einbruch an kommunalen Finanzmitteln sehen werde den es je gab. Die vom Bund bereitgestellten Investitionsmittel seien nicht im Ansatz dazu fähig diesen Einbruch zu verhindern. Es werde der Eindruck erweckt, dass diese Investitionsmittel es den Kommunen ermöglichen Hand an die Probleme zu legen. Dies sei, so **Herr Dr. Badrow**, irreführend. Der Zensus habe dazu geführt, dass die Kommunen erhebliche Mindereinnahmen haben. **Herr Dr. Badrow** appelliert, man solle darum kämpfen, dass die Kommunen das Geld bekommen das ihnen zustehe.

Herr Latendorf verkündet, dass die Kreistagsfraktion DIE LINKE dem Antrag zustimmen werde. Es müsse sichergestellt werden, dass der Landkreis weiterhin handlungsfähig bleibe und freiwillige Leistungen an Vereine ausgezahlt werden können. **Herr Latendorf** mahnt, dass man angesichts des kommenden Haushalts 2026 nicht bereits jetzt die Handlungsmöglichkeiten des Kreises einschränken solle.

Herr Landrat Dr. Kerth stellt aufgrund der Beschlussempfehlung des Haushalts- und Finanzausschusses und des Kreisausschusses einen Änderungsantrag zur Änderung des 2. Punktes.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag einstimmig zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über die geänderte Beschluss-

vorlage.

Beschluss: KT 96-06/2025

1. Der Kreistag erklärt sein Einvernehmen zum Erlass einer haushaltswirtschaftlichen Sperre (Anlage 1) durch den Landrat gemäß § 120 Abs. 1 i. V. m. § 51 Abs. 4 der Kommunalverfassung Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V). Ziel der Maßnahme ist es, im Rahmen der rechtsaufsichtlich geforderten haushaltswirtschaftlichen Maßnahmen zur Verbesserung des Finanzhaushalts 2025 (§ 123 i. V. m. § 80 Abs. 1 KV M-V) eine Verringerung des negativen jahresbezogenen Saldos der laufenden Ein- und Auszahlungen in Höhe von mindestens 12 Mio. EUR zu erreichen.

2. Der Landkreis baut nach aktueller Datenlage wesentlich schneller als die kreisangehörigen Kommunen (Gesamtsaldo aller Städte und Gemeinden) ein hohes Haushaltsdefizit auf. Von einem Belastungsausgleich durch eine Kreisumlageerhöhung wird im HHJ 2025 dennoch abgesehen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

- 15.1 **Antrag der Kreistagsfraktion CDU+: „Beauftragung des Landrates zur Erarbeitung konkreter Einsparvorschläge und Aufnahme von Verhandlungen mit dem Innenministerium“**
Vorlage: A/4/0075
-

Vom Einreicher zurückgezogen.

16. **Antrag der Kreistagsfraktion BfS/FDP/VR+: "Differenzierte Analyse der Ausgaben im Jugend- und Sozialbereich"**
Vorlage: A/4/0067
-

Herr Scharmberg begründet den eingebrachten Antrag der Kreistagsfraktion BfS/FDP/VR+.

Frau Kindler gibt zu bedenken, dass viele Stellen im Bereich Jugend und Soziales bereits jetzt aufgrund von Sparmaßnahmen unbesetzt seien und bittet, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht noch mehr Aufgaben aufzuerlegen, zumal sie größtenteils Pflichtaufgaben erledigen. **Frau Kindler** stellt im Namen der Kreistagsfraktion Bündnis90/GRÜNE + DIE PARTEI einen Änderungsantrag um Punkt 1 aus der Beschlussvorlage zu streichen.

Herr Latendorf fragt Herrn Landrat Dr. Kerth, ob die von der Beschlussvorlage geforderten Aufgaben bereits von der Verwaltung durchgeführt werden und beantragt abschnittsweise über den Antrag abzustimmen.

Frau Zimmermann spricht sich im Namen der Kreistagsfraktion AfD gegen den Antrag aus. Die Kostentreiber im Jugend- und Sozialbereich seien unbegleitete minderjährige Ausländer, sog. „Umans“. Die Unterbringung von Umans sorge für eine Knappheit an Unterbringungsplätzen, was wiederum zu höheren Kosten führe. Diese höheren Kosten trage dann der Landkreis. Eine differenzierte Analyse, wie im Antrag gefordert, binde lediglich Zeit und Ressourcen ohne Handlungsmöglichkeiten für die

Bekämpfung der Ursache zu eröffnen. **Frau Zimmermann** sagt, dass man den Landrat Herrn Dr. Kerth damit beauftragen solle, diese Forderungen mit Nachdruck auf Landes- und Bundesebene voranzubringen.

Herr Landrat Dr. Kerth bestätigt, dass die Ursachen dieses Problems im Bundes- und Landesrecht lägen. Diese Probleme adressiere man bereits, nur dauere es Jahre, bis sich eine solche Veränderung auch auf kommunaler Ebene bemerkbar mache. Als es absehbar wurde, dass das Haushaltsdefizit in den Jahren 2024/2025 erheblich ausfallen werde, habe **Herr Landrat Dr. Kerth** angewiesen, nach Möglichkeiten zu suchen, um zu sparen. Die Beseitigung dieser Probleme sei nur durch Änderungen von Gesetzen auf Bundesebene möglich.

Frau Wippermann führt aus, dass die Kreistagsfraktion SPD den Antrag ablehnen werde. Die Forderungen unter Punkt 1 seien Aufgaben der Bundes- und Landesregierung. Die Kreisverwaltung wäre damit überfordert. Punkt 2 könne sie nicht nachvollziehen und bittet den Antragsteller diesen zu erläutern.

Herr Heinke stellt im Namen der Kreistagsfraktion CDU+ einen Verweisungsantrag in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Verweisungsantrag der CDU+ Kreistagsfraktion in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Verweisungsantrag der Kreistagsfraktion CDU+ mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zur Abschnittswisen Abstimmung

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion Bündnis90/GRÜNE + DIE PARTEI den Punkt 1 aus der Beschlussvorlage zu streichen.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Antrag der Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/GRÜNE + DIE PARTEI mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Antrag der Kreistagsfraktion BfS/FDP/VR+.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beauftragt die Verwaltung, eine differenzierte Analyse der Ausgaben im Jugend- und Sozialbereich vorzulegen, die folgende Punkte berücksichtigt:

- Identifikation von Einsparpotenzialen und Effizienzsteigerungen, ohne die Qualität der Kernleistungen zu gefährden,
- Darstellung der durch Bundes- und Landesgesetze verursachten Mehraufwände und

deren Finanzierungsanteile, insbesondere im Bereich der Eingliederungshilfe, Jugendhilfe und sozialer Grundsicherung,

- Prüfung von Doppelstrukturen und unnötigen bürokratischen Anforderungen innerhalb der Verwaltung,
- Berücksichtigung der besonderen Belastungen durch Leistungen an Personen, die nicht oder nur teilweise in die Sozialsysteme eingezahlt haben (z. B. Asylbewerber, EU-Bürger ohne Sozialversicherungspflicht), inklusive der jeweiligen Finanzierungsverantwortlichkeiten.

Der Kreistag fordert die Bundesregierung und die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern auf:

- die Finanzierung der übertragenen Aufgaben im Jugend- und Sozialbereich gemäß dem Konnexitätsprinzip sicherzustellen,
- für Leistungen an nicht beitragszahlende Leistungsempfänger klare und auskömmliche Finanzierungsregelungen zu schaffen,
- bürokratische Vorgaben zu reduzieren und die Kommunen bei der Umsetzung von Sozialgesetzen besser zu entlasten,
- den kommunalen Finanzausgleich so anzupassen, dass Mehraufwände nachhaltig ausgeglichen werden.

Der Landrat wird beauftragt, die Interessen des Landkreises gegenüber Bund und Land entsprechend zu vertreten und regelmäßig dem Kreistag Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt.

17. Antrag der Kreistagsfraktionen BfS/FDP/VR+, CDU+: "Prüfung der internen Verwaltungsstrukturen"
Vorlage: A/4/0069

Die Absicht, bürokratische Prozesse zu vereinfachen, sei als positiv zu betrachten, so **Herr Kegel**. Jedoch könne die Fokussierung auf Kosteneinsparungen dazu führen, dass wichtige Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger vernachlässigt werden. Es sei entscheidend, dass man nicht nur darauf achte, Kosten einzusparen. Ebenso dürften die Dienstleistungen der Verwaltung nicht an Qualität verlieren. Abschließend betont **Herr Kegel**, dass eine solche umfassende Reform nicht nur auf kommunaler Ebene stattfinden müsse. Es sei unerlässlich, dass man auf Landes- und Bundesebene die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffe.

Herr Scharmberg mahnt, dass es Argumente für eine funktionierende und allen Anforderungen gerecht werdende Verwaltung brauche und bedankt sich für den eingebrachten Antrag.

Frau Präkel sagt, bezugnehmend auf die finanzielle Situation des Landkreises, dass es für die Kreistagsmitglieder die Pflicht sei, alles dafür zu tun, Strukturen effizienter zu gestalten, Ressourcen zu schonen und eine leistungsfähige, digitale und bürgernahe Verwaltung zu fördern. Dieser Antrag greife genau diese Zielsetzung auf. **Frau Präkel** betont, dass dieser Antrag kein Angriff auf die Verwaltung und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sei. Eine effizientere Gestaltung der Arbeitsprozesse käme auch den überlasteten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zugute. Darüber hinaus sei es notwendig, gegenüber Land und Bund auf Entlastungen hinzuwirken, so **Frau Präkel**.

Herr Landrat Dr. Kerth weist darauf hin, dass die Steigerung der Personalkosten unter anderem auf gestiegene Fallzahlen zurückzuführen sei. Der Landkreis habe im Vergleich die niedrigsten Personalkosten pro Einwohner.

Frau Kindler sagt, dass die Kreistagsfraktion Bündnis90/GRÜNE + DIE PARTEI diesem Antrag nicht zustimmen werde, da es einen derartigen Antrag bereits gebe.

Frau Bartel verkündet, dass die Kreistagsfraktion SPD diesem Antrag zustimmen werde und stellt klar, dass diese Zustimmung kein Misstrauensvotum darstelle.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beauftragt die Verwaltung, eine interne Aufgabenkritik durchzuführen mit dem Ziel,

- unnötige bürokratische Prozesse und Regelungen zu identifizieren,
- Verwaltungsverfahren zu vereinfachen oder digital zu optimieren,
- Doppelstrukturen zu erkennen und abzubauen,
- personal- und ressourcenintensive Vorgänge auf ihre Notwendigkeit und rechtliche Pflicht zu überprüfen.

Darüber hinaus soll geprüft werden, ob durch gezielte Verwaltungsmodernisierung oder Standardisierung von Abläufen spürbare Effizienzgewinne erzielt und Kosteneinsparungen ermöglicht werden können.

Der Landrat wird beauftragt, im Rahmen seiner Möglichkeiten gegenüber dem Land Mecklenburg-Vorpommern und dem Bund auf Erleichterungen bei der Umsetzung von Vorschriften hinzuwirken und sich für eine Entlastung der kommunalen Ebene einzusetzen.

Abstimmungsergebnis: bei Stimmengleichheit abgelehnt

18. Antrag der Kreistagsfraktionen BfS/FDP/VR+, CDU+: "Finanzielle Entlastung des Landkreises - Verantwortung von Bund und Land einfordern"
Vorlage: A/4/0068

Herr Heinke begründet den von den Kreistagsfraktionen BfS/FDP/VR+ und CDU+ eingereichten Antrag.

Herr Zorn verkündet, dass die Kreistagsfraktion AfD dem Antrag nicht zustimmen werde, da dieser nur Symbolpolitik sei. Der Antrag verkenne die Verantwortlichkeit der Verwaltung. Diese sei zu aufgebläht und übernehme zu viele freiwillige Aufgaben, die weit über das Notwendige hinausgehen.

Herr Landrat Dr. Kerth erklärt, dass der Verwaltungsapparat angesichts der Kosten

pro Einwohner nicht aufgebläht sein könne. Er weist darauf hin, dass eine Gesetzeschronologie, wie unter Punkt 1 gefordert, nicht vorgelegt werden könne, da dies einen zu großen Aufwand für die Verwaltung bedeute. **Herr Landrat Dr. Kerth** bittet den Antragsteller, Punkt 1 zu konkretisieren.

Frau Kannengießer sieht die Verantwortlichkeit bei der Bundes- und Landesregierung. Sie sollen das Vorbild für die Kommunen in Hinsicht auf Optimierung darstellen.

Herr Löttge betont die enorme Größe des Haushaltsdefizits. Angesichts dessen sei es unabdingbar, die Landes- und Bundesregierung zum Handeln aufzufordern. Er bittet nachdrücklich, dem Antrag zuzustimmen. Dies sei für den Landkreis überlebenswichtig, so **Herr Löttge**.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen fordert die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern und die Bundesregierung auf, ihrer verfassungsmäßigen Pflicht zur auskömmlichen Finanzierung gesetzlich übertragener Aufgaben nachzukommen.

Der Landrat wird beauftragt:

1. dem Kreistag eine Übersicht über die durch Bundes- und Landesgesetze verursachten Mehraufwände der Kreisverwaltung seit 2015 vorzulegen,
2. in Zusammenarbeit mit anderen Landkreisen eine kommunale Initiative zur Durchsetzung des Konnexitätsprinzips („Wer bestellt, bezahlt“) zu starten,
3. geeignete Gespräche mit den zuständigen Ministerien zu führen und die Position des Landkreises öffentlich zu vertreten,
4. dem Kreistag regelmäßig über die Fortschritte dieser Initiative zu berichten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

19. **Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, Fraktion BfS/FDP/VR+: "Prüfauftrag zur Rückführung der Aufgaben des kommunalen Jobcenters an die Bundesagentur für Arbeit (Beendigung des Status als Optionskommune)"**
Vorlage: A/4/0074
-

- 19.1 **Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+: "Prüfauftrag zur Rückführung der Aufgaben des kommunalen Jobcenters an die Bundesagentur für Arbeit (Beendigung des Status als Optionskommune)"**
Vorlage: A/4/0078
-

Herr Glawe begründet den von den Kreistagsfraktionen CDU+ und BfS/FDP/VR+ eingebrachten Antrag.

Herr Latendorf bringt einen Änderungsantrag ein. Der Prüfungsantrag solle um folgende Punkte erweitert werden:

- Welche Vor- und Nachteile der bisherige und zukünftige Betrieb eines kommunalen Jobcenters im Landkreis V-R gegenüber einer gemeinsamen Einrichtung von BA und Landkreis hat.

- Welche unmittelbaren Kosten für den Haushalt des Landkreises eine Transformation des KJC in eine gemeinsame Einrichtung hätte.

Frau Kindler sagt, dass sich die Umsetzung des SGB II auf kommunaler Ebene als ein Erfolgsmodell dargestellt habe. Das Jobcenter des Landkreises sei im bundesweiten Vergleich immer weit vorne. Unabhängig davon, ob der Landkreis oder der Eigenbetrieb diese Aufgaben übernimmt, müsse der Landkreis in jedem Fall 15,2 % der Verwaltungskosten tragen. Somit würde die Rückführung der Aufgaben zu keinen Einsparungen führen. Frau Kindler verkündet, dass die Kreistagsfraktion BÜNDNIS90/GRÜNE + DIE PARTEI diesen Antrag ablehnen werde.

Frau Wippermann sagt, dass das Jobcenter gute Arbeit leiste und lobt besonders die Arbeit von Frau Kruske und Frau Werner. Frau Wippermann selbst werde diesem Antrag zustimmen.

Frau Zimmermann weist darauf hin, dass die Überführung des Jobcenters an die Bundesagentur nicht beim Sparen helfen würde, da der Landkreis in jedem Fall 15,2 % der Verwaltungskosten tragen müsse. Bei einer solchen Rückführung würden sogar zusätzliche Umstellungskosten anfallen. Die Organisation des Jobcenters als Eigenbetrieb bringe diverse Vorteile mit sich. So könne bspw. die Arbeitsmarktpolitik der Region genau auf die lokale Arbeitsmarktsituation angepasst werden. Auch sei die Zusammenarbeit mit Fachbereichen der Kreisverwaltung wie bspw. Jugend deutlich leichter und unbürokratischer. Besonders betont Frau Zimmermann, dass das Jobcenter aufgrund seiner Eigenständigkeit eine enorme Innovationskraft habe. Die Kreistagsfraktion AfD werde diesen Antrag ablehnen, so Frau Zimmermann.

Herr Landrat Dr. Kerth befürworte grundsätzlich Prüfungsanträge. Er könne jedoch nicht nachvollziehen, inwiefern der Prüfantrag mit einer eventuell angestrebten Beendigung des Status als Optionskommune zusammenhänge. Zuletzt weist **Herr Landrat Dr. Kerth** darauf hin, dass das Jobcenter des Landkreises die niedrigsten kommunalen Finanzierungsanteile pro Bedarfsgemeinschaft innerhalb des Landes Mecklenburg-Vorpommern habe.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag mehrheitlich zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+ und BfS/FDP/VR+.

Beschluss: KT 97-06/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird beauftragt, zu prüfen,

1. ob und unter welchen rechtlichen Voraussetzungen eine Rückgabe der Aufgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) durch den Landkreis Vorpommern-Rügen an die Bundesagentur für Arbeit möglich ist,
2. welche formellen und politischen Verfahren hierfür notwendig wären,
3. welche Auswirkungen eine solche Rückkehr zur gemeinsamen Einrichtung (gE) mit der Bundesagentur für Arbeit auf Organisation, Personal, Finanzen, Leistungsgewährung und

Betreuung der Leistungsberechtigten hätte,

4. ob es vergleichbare Präzedenzfälle anderer Landkreise oder Städte in Deutschland gibt, die vom Optionsmodell zur Bundesagentur für Arbeit zurückgekehrt sind oder dies beantragt haben.

- Welche Vor- und Nachteile der bisherige und zukünftige Betrieb eines kommunalen Jobcenters im Landkreis V-R gegenüber einer gemeinsamen Einrichtung von BA und Landkreis hat.
- Welche unmittelbaren Kosten für den Haushalt des Landkreises eine Transformation des KJC in eine gemeinsame Einrichtung hätte.

Das Ergebnis der Prüfung soll dem Kreistag bis zur nächsten regulären Kreistagssitzung vorgestellt werden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

**20. Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, B`90/DieGrünen + Die PARTEI: "Einführung eines Wahlpflichtfaches -Feuerwehr-"
Vorlage: A/4/0070**

Herr Zenker begründet den von den Kreistagsfraktionen DIE LINKE und Bündnis90/GRÜNE + DIE PARTEI eingebrachten Antrag.

Herr Scharmberg weist darauf hin, dass der Kreistag nicht befugt sei, dem Bildungsministerium Anträge vorzulegen, die über ein Wahlpflichtfach bestimmen. Die Feuerwehr widersprach im Jahr 2020 einem ähnlich lautenden Antrag mit der Begründung, dass das Ehrenamt Feuerwehr zu anspruchsvoll sei, als dass man es als Wahlpflichtfach anbieten könne. Man müsse erwarten, so Herr Scharmberg, dass sich die Schulen der gesellschaftlichen Situation anpassen und junge Menschen für Ehrenämter begeistern. Man müsse ihnen klarmachen, dass die Gesellschaft ohne Beteiligung an Ehrenämtern ärmer werde. **Herr Scharmberg** stellt im Namen der Kreistagsfraktion BfS/FDP/VR+ einen Verweisungsantrag an den Bildungs- und Kulturausschuss.

Herr Kegel merkt an, dass die Feuerwehren nicht nur wesentlicher Bestandteil der Sicherheit seien, sondern auch einen hohen Anteil am Zusammenhalt in den Gemeinden haben. Die Kreistagsfraktion AfD sehe kein generelles Problem mit dem Nachwuchs der Feuerwehr. Dies mag lediglich in einzelnen Gemeinden vorkommen. Ein Ganztagesangebot, wie im Antrag gefordert, sei laut **Herrn Kegel** nicht umsetzbar, da die ehrenamtlichen Feuerwehrleute zusätzlich zu ihrem Ehrenamt berufstätig seien und dafür keine Zeit hätten.

Frau Kassner verkündet, dass die Kreistagsfraktion DIE LINKE dem Verweisungsantrag von Herrn Scharmberg folge. Der Antrag solle zusätzlich an den Ausschuss für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz verwiesen werden.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Verweisungsantrag der Kreistagsfraktionen BfS/FDP/VR+ und DIE LINKE

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Verweisungsantrag in die Ausschüsse

für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz und Bildungs- und Kulturausschuss mehrheitlich zu.

- 20.1 . **Änderungsantrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE zum Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, B90/DieGrünen + Die PARTEI: "Einführung eines Wahlpflichtfaches -Feuerwehr-"**
Vorlage: A/4/0080
-

21. **Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, B`90/DieGrünen + Die PARTEI: "Prüfung des Straßennetzes auf Gefahrenstellen für Radfahrer/innen"**
Vorlage: A/4/0071
-

Frau Kassner begründet den von den Kreistagsfraktionen DIE LINKE, Bündis90/GRÜNE + DIE PARTEI eingebrachten Antrag.

Herr Jahns begrüßt die vorgeschlagene Standardabsenkung beim Radwegebau, da es nicht sein könne, dass aufgrund von Artenschutzmaßnahmen zwischen 700.000,00 € und 1 Mio. € pro Kilometer Radweg aufgewendet werden müssen. **Herr Jahns** beantragt im Namen der Kreistagsfraktion CDU+ die Verweisung in den Ausschuss für Mobilität.

Herr Braum verkündet, dass die Kreistagsfraktion AfD diesem Antrag nicht zustimmen werde. Eine Überprüfung des gesamten Straßennetzwerks würde zu hohe Kosten verursachen. Diese solle man stattdessen in den Ausbau separater Radwege oder in die Verbesserung separater Kreuzungen investieren. Es bestehe die Gefahr, so **Herr Braum**, dass eine reine Überprüfung nur kosmetisch wirke, ohne tatsächliche Verbesserungen zu bewirken. Darüber hinaus lege die Verantwortung für sichere Radwege nicht allein beim Landkreis, sondern auch bei den Verkehrsteilnehmern selbst. Die Kreistagsfraktion AfD plädiere dafür, Ressourcen gezielt einzusetzen, anstatt eine umfassende Prüfung vorzunehmen. So könne die Sicherheit von Radfahrern effektiv verbessert werden.

Herr Scharmberg sagt, dass es der Kreistagsfraktion BfS/FDP/VR+ schwerfalle, dem Antrag zuzustimmen. Der Antrag sei nutzlos, da er nur dann umgesetzt werden könne, wenn das Land von seiner Verweigerungshaltung und seinem Punktesystem abweiche. Der Radwegbeauftragte des Landkreises habe aufgehört, weil er erkannte, dass er in seiner Position nichts erreichen konnte. Es fehle an Geld um die Radwege zu bauen, da das Wirtschaftsministerium diese Mittel nicht bereitstelle.

Herr Landrat Dr. Kerth stellt klar, dass bei der Erstellung der Prioritätenliste eine klare Abwägung der Gefahrenlagen stattgefunden habe. Bezugnehmend auf die Standardabsenkung erinnert **Herr Landrat Dr. Kerth** daran, dass dies nur dann möglich sei, wenn der Gesetzgeber die entsprechenden Rahmenbedingungen vorgebe.

Frau Dr. Kannengießer beantragt, die zusätzliche Verweisung in den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitales.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Verweisungsantrag der Kreistagsfraktionen CDU+ und BfS/FDP/VR+.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Verweisungsantrag in den Ausschuss für Mobilität und den Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung mehrheitlich zu.

22. Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, SPD: "Aufstellen von Wasserspendern in den Schulen in Trägerschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen"
Vorlage: A/4/0072

Frau Brüdgam begründet den Antrag.

Herr Kliewe begründet den eingebrachten Änderungsantrag.

Herr Gutzmann habe zunächst Bedenken gehabt, ob die Kinder dieses Angebot auch annehmen würden. Jedoch zeigen Studien, dass ein solches Angebot dazu führe, dass mehr Kinder Wasser trinken. Es sei jedoch in den Augen der Kreistagsfraktion AfD nötig, sowohl stilles, kaltes als auch Sprudelwasser anzubieten, damit dieses Angebot auch tatsächlich angenommen werde.

Herr Gutzmann verkündet, dass die Kreistagsfraktion AfD dem Antrag zustimmen werde.

Herr Landrat Dr. Kerth gibt zu bedenken, dass sich eine Umsetzung dieses Vorhabens, insbesondere hinsichtlich der Finanzierung, deutlich komplizierter darstelle als gedacht. Außerdem habe der Fachbereich Hygiene begründete Bedenken bei diesem Vorhaben.

Herr Gutzmann zählt die Namen diverser Wasseranbieter auf die hierfür infrage kämen: Hamburg Wasser, Rheinisch-Westfälisch-Wasser (RWV), Köln.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU+.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen stimmt dem Änderungsantrag mehrheitlich zu.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den geänderten Antrag.

Beschluss: KT 98-06/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

1. An den Schulen in Trägerschaft des Landkreises, in denen solche noch nicht vorhanden sind, sollen gut erreichbare Trinkwasserspender installiert werden, an denen Schülerinnen und Schüler sowie das Personal der Schulen und andere Nutzer jederzeit ausreichend hoch qualitatives Trinkwasser kostenlos zur Verfügung steht. Die Installation könnte in den Sommerferien zum Schuljahr 2025/26 erfolgen.
2. Darüber hinaus setzt sich der Landkreis dafür ein, dass auch an den Schulen im Kreisgebiet, die nicht in Trägerschaft des Landkreises stehen, entsprechende Wasserspender installiert werden.
3. Der Landkreis tritt in Verhandlungen mit den regionalen Wasserversorgern,

um eine finanzielle Unterstützung für die Anschaffung und den Betrieb der Wasserspender zu erhalten. Ziel ist es, die Wasserversorger als Partner für eine nachhaltige Umsetzung zu gewinnen. Der Landrat wird beauftragt, über den Stand der Gespräche in der nächsten Sitzung des Kreistages zu berichten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

- 22.1 **Änderungsantrag der Kreistagsfraktion CDU+ zum Antrag der Kreistagsfraktionen DIE LINKE, SPD: "Aufstellen von Wasserspendern in den Schulen in Trägerschaft des Landkreises Vorpommern-Rügen"**
Vorlage: A/4/0079
-

23. **Antrag der Kreistagsfraktionen CDU+, BfS/FDP/VR+: "Ablehnung des aktuellen Entwurfs des Tourismusgesetzes"**
Vorlage: A/4/0073
-

Herr Grundke begründet den von den Kreistagsfraktionen CDU+ und BfS/FDP/VR+ eingebrachten Antrag.

Herr Seifert begrüßt grundsätzlich die Schaffung eines Tourismusgesetzes. Es sei angesichts der landschaftlichen Reize, der Küsten, Bäder und Kurorte sinnvoll, bestehende Strukturen zu ordnen und Synergien zu schaffen. Allerdings habe der vorliegende Gesetzesentwurf bei vielen Akteuren zu Unverständnis geführt. Die von Herrn Grundke aufgeführten Kritikpunkte seien zutreffend, so **Herr Seifert**. Die Landesregierung habe schlecht gearbeitet. Zentrale Akteure wie die Industrie- und Handelskammern, Bädervereine und Kommunen seien nicht angemessen in den Entwurfsprozess eingebunden worden. Besonders kritikwürdig erachtet **Herr Seifert** die vorgesehene Zwangsmitgliedschaft in Destinationsorganisationen. Dies sei ein Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Die Regelung führe zu erheblicher Kritik. Der Bürgermeister von Anklam habe bereits angekündigt hiergegen zu klagen. Außerdem verweist **Herr Seifert** darauf, dass der Landtag den Entwurf vorerst zurückgestellt habe. Dennoch sei es wichtig, ein klares Signal an das Land zu senden. Der Antrag stelle einen sinnvollen Appell dar, weshalb die Kreistagsfraktion AfD diesem zustimmen werde.

Herr Niehaus erklärt, dass auch die Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + DIE PARTEI dem Antrag zustimmen werde. Bei näherer Betrachtung des Gesetzesentwurfs werde deutlich, dass bei dessen Ausarbeitung nicht gut gearbeitet worden sei. **Herr Niehaus** äußert Vorbehalte gegenüber dem Wortlaut, dass der Entwurf „so nicht weiterverfolgt“ werden solle, da dies suggerieren könne, man wolle beim Status quo bleiben. Das dürfe jedoch nicht das Ziel sein. Vielmehr müsse sichergestellt werden, dass die Inhalte der Landestourismusstrategie umgesetzt würden, da diese wesentliche Elemente enthalte.

Herr Burwitz befürchtet erhebliche negative Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung sowie auf die wirtschaftliche Stabilität und finanzielle Belastung der Gemeinden. Das Gesetz in seiner aktuellen Form, bedarf grundlegender Überarbeitungen. Insbesondere bezüglich der Pflichtmitgliedschaft in Destinationsorganisationen sowie an der verpflichtenden Erhebung einer Gäste- und Tourismusabgabe. Diese Maßnahmen würden, so **Herr Burwitz**, die kommunale Selbstbestimmung ein-

schränken und widersprüchen dem im Art. 28 des Grundgesetzes garantierten Selbstverwaltungsrecht. Zudem seien die finanziellen und verwaltungstechnischen Belastungen speziell für kleinere Gemeinden nicht tragbar. Auch die Erhebung der Ausgaben auf Basis der Unternehmensumsätze erfordere einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand. **Herr Burwitz** betont, dass Tourismusförderung flexibel auf lokale Gegebenheiten reagieren müsse, das Gesetz sehe jedoch keine entsprechenden Spielräume vor.

Frau Kassner sagt, dass es grundsätzlich überfällig sei, für ein touristisch geprägtes Bundesland ein Tourismusgesetz zu schaffen, das die Regelungen des bestehenden Tourismusleitfadens verankere. Zwar sei ein Gesetzentwurf mit entsprechenden Zielen ursprünglich vorhanden gewesen, dieser sei jedoch in seiner jetzigen Form stark verwässert worden. Statt eine klare Struktur zu schaffen, habe das Gesetz das Ziel verfehlt. Auch die kommunale Selbstverwaltung werde durch den Entwurf beeinträchtigt. **Frau Kassner** verkündet, dass die Kreistagsfraktion DIE LINKE den Entwurf in dieser Form ablehnen werde.

Frau Bartel äußerte zunächst ihre persönliche Enttäuschung über die Entwicklung des Gesetzes. Die anfänglichen Hoffnungen auf ein umfassendes und bedeutungsvolles Tourismusgesetz seien groß gewesen, jedoch werde der vorliegende Entwurf diesen Erwartungen nicht gerecht. **Frau Bartel** betont, dass ein Tourismusgesetz notwendig sei, dieser Entwurf sei jedoch unzureichend.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschluss: KT 99-06/2025

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag beauftragt den Landrat, sich bei der Landesregierung dafür einzusetzen, dass der derzeitige Entwurf des Tourismusgesetzes Mecklenburg - Vorpommern in der vorliegenden Form nicht weiterverfolgt wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei zwei Enthaltungen zugestimmt

24. **Antrag der Kreistagsfraktionen B`90/DieGrünen + Die PARTEI, SPD, DIE LINKE: "Einführung einer digitalen Zeitanzeige zur transparenten Darstellung der Redezeiten im Kreistag"**
Vorlage: A/4/0076
-

Frau Kindler begründet den von den Kreistagsfraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNE + DIE PARTEI, SPD und DIE LINKE eingebrachten Antrag.

Herr Thormann sagt, dass ein digitales Zeiterfassungssystem eine unnötige Maßnahme sei, insbesondere in Hinsicht auf die aktuelle Haushaltslage. Das Präsidium leiste gute Arbeit und es gebe keinen Grund, ihm nicht zu vertrauen. Die Kreistagsfraktion AfD werde den Antrag ablehnen.

Herr Koesling betont, dass das Präsidium gut funktioniere und einander unterstütze.

Falls der Kreistagspräsident einmal etwas vergesse, werde er von seinen Präsidiums-kollegen/innen darauf hingewiesen. Auch die Zeiterfassung sei dort bereits geregelt. Es seien nicht alle, aber verschiedene Fraktionen im Präsidium vertreten. Es arbeite objektiv und neutral. Niemand könne behaupten, es gebe dort Bevorzugung, so **Herr Koesling**.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Landrat wird gebeten, die Einführung einer digitalen Zeitanzeige zu prüfen. Dabei geht

es um folgende Aspekte:

1. Im Sitzungssaal des Kreistags wird eine gut sichtbare digitale Zeitanzeige installiert, die die verbleibende Redezeit der Sprecherinnen und Sprecher anzeigt.
2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Kreistags zu prüfen welches System folgende Anforderungen erfüllt:
 - Gut sichtbare Anzeige für alle Anwesenden (Kreistagsmitglieder, Verwaltung und Öffentlichkeit)
 - Einfache Bedienung durch die Sitzungsleitung
 - Akustisches Signal bei Ablauf der Redezeit
 - Kompatibilität mit der bestehenden oder geplanten digitalen Infrastruktur des Kreistags
3. Die Geschäftsordnung des Kreistags wird dahingehend ergänzt, dass die Redezeiten künftig mittels der digitalen Zeitanzeige transparent dargestellt werden.
4. Die Kosten für die Anschaffung und Installation sind aus dem Budget für die Digitalisierung der Kreisverwaltung zu finanzieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

25. **Antrag der Kreistagsfraktion B`90/DieGrünen + Die PARTEI: "Bevölkerung schützen - Bedarf an Hitzeschutzräumen ermitteln"**
Vorlage: A/4/0077
-

Herr Niehaus begründet den von der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN + DIE PARTEI eingebrachten Prüfantrag und beantragt diesen in den Ausschuss für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz zu verweisen.

Herr Radtke verkündet, dass die Kreistagsfraktion AfD den Antrag ablehnen werde. Es handle sich bei dem eingebrachten Antrag lediglich um Symbolpolitik. **Herr Radtke** stellt klar, dass seine Fraktion den Staat nicht in der Rolle sehe, jeden Lebensbereich regulierend abzusichern. Bestehende Pflegeeinrichtungen und ein funktionierendes Gesundheitssystem seien die besseren Instrumente, so **Herr Radtke**.

Frau Brüdgam betont, dass Hitzeschutz sehr wohl ein wichtiges Thema sei. Sozial benachteiligte und vulnerable Gruppen wie Kleinkinder, Schwangere, ältere oder pflegebedürftige Menschen seien durch Hitze besonders gefährdet. **Frau Brüdgam** verweist auf den im Juni veröffentlichten Hitzeschutzplan des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der eine gute Grundlage für kommunale Maßnahmen darstelle. Vergleichbare Hitzeschutzpläne gebe es bereits in anderen Landkreisen und Städten. **Frau Brüdgam** beantragt eine zusätzliche Verweisung des Antrags in den Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

Herr Scharmberg verweist auf die Debatte zum Tourismusgesetz und erinnert daran, dass die Verhältnisse in großen Städten wie Köln oder Dresden nicht mit den lokalen Gegebenheiten im eigenen Landkreis vergleichbar seien. Heiße Sommer habe es bereits gegeben, bevor der Klimawandel ein Thema wurde. **Herr Scharmberg** verkündet, dass die Kreistagsfraktion BfS/FDP/VR+ dem Antrag nicht zustimmen werde.

Herr Klein betont, dass die Temperaturen in Deutschland nicht mit denen südlicher Länder wie Spanien oder Griechenland vergleichbar seien. Für die Einrichtung von Hitzeschutzräumen stehe kein Geld zur Verfügung. Ohnehin sei eine solche Maßnahme unrealistisch und übertrieben, so **Herr Klein**.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Verweisungsantrag in den Ausschuss für Prävention, Bevölkerungs- und Brandschutz und den Ausschuss für Soziales und Gesundheit.

Der Kreistag Vorpommern-Rügen lehnt den Verweisungsantrag mehrheitlich ab.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bittet um Abstimmung über den Antrag.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag Vorpommern-Rügen beschließt:

Der Kreistag misst dem Schutz seiner Bevölkerung vor Gesundheitsschäden im Sinne der Daseinsvorsorge eine besondere Bedeutung zu.

Der Landrat wird daher beauftragt, kurzfristig landkreisweit den Bedarf für die Einrichtung und Ausstattung von Hitzeschutzräumen zu ermitteln, den Kommunen zur Verfügung zu stellen und ihnen zur Umsetzung zu empfehlen.

Damit wird insbesondere das Ziel verfolgt, bei zunehmenden Hitzetagen besonders gefährdeten Bevölkerungsgruppen wie älteren Menschen oder Schwangeren einen zusätzlichen Schutz anzubieten.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

26. Mitteilungen

Mitteilungen werden nicht vorgetragen.

Herr Kreistagspräsident Kuhn bedankt sich bei den Gästen und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.

Er bittet die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

22.08.2025, gez. Andreas Kuhn

Datum, Unterschrift

Andreas Kuhn

Kreistagspräsident

22.08.2025, gez. Anja Pfefferkorn

Datum, Unterschrift

Anja Pfefferkorn

Protokollführerin